

Von Normalität kann noch keine Rede sein

Von Ludwig Watzal

In den deutsch-israelischen Beziehungen kann auch 50 Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten immer noch nicht von „Normalität“ gesprochen werden. Dies machen nicht nur die Feierlichkeiten anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 30 Jahren deutlich, sondern es zeigt sich auch daran, wie schwer sich die Deutschen derzeit mit der Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für die Verbrechen der Nazis am europäischen Judentum tun. Dieses historische Erbe stellt für Deutschland eine besondere Verantwortung und Last dar, die das Land noch für eine längere Zeit zu tragen haben wird. Dies führt zu einer verengten Wahrnehmung der Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern und in dessen Folge zu einer Zurückhaltung in der Kritik an Israel. Wenn es die deutsche Politik in der Vergangenheit wagte, sich „israelkritischer“ im Rahmen der Europäischen Union zu verhalten, was heute nicht mehr geschieht, führte dies regelmäßig zu erheblichen Turbulenzen im bilateralen Verhältnis.

Die deutsche politische Klasse weigert sich bis heute, Israel als einen normalen Nationalstaat zu behandeln. Einerseits ist dies historisch verständlich, andererseits schränkt es den außenpolitischen Handlungsspielraum nicht nur gegenüber Israel, sondern in der Region, aber auch generell ein. Zwischen souveränen Nationalstaaten kann es nur normal-geschäftsmäßige, an den jeweiligen nationalen Interessen orientierte Beziehungen geben. Indem man Israel aber den Status eines normalen Nationalstaates verweigert, wenden sich deutsche Politiker paradoxerweise – bewußt oder unbewußt – gegen das Hauptziel des Zionismus, nämlich die Lage des jüdischen Volkes zu normalisieren. Israel sollte demnach

unter den anderen Nationen eine gleichwertige und gleichberechtigte politische Einheit darstellen, die sich in das internationale System einfügt.

Der israelische Botschafter in Bonn, Avi Primor, vergleicht das deutsch-israelische Verhältnis mit einer Wunde, die längst verheilt sei. Trotzdem sei die zurückgebliebene Narbe aber immer noch überaus empfindlich. Auf eine Art historisches Paradoxon weist Tom Segev in einem Interview mit dem Spiegel aus dem Jahre 1995 hin. „Inzwischen haben wir völlig normale Beziehungen – und das Gegenteil ist eingetreten: Der Holocaust ist präsent denn je.“ Diese Feststellung gilt für Israel und Deutschland gleichermaßen.

Schuldgefühle

Im Vergleich zu deutschen scheinen viele israelische Intellektuelle bewußtseinsmäßig viel weiter zu sein. In Deutschland spricht noch die Mehrzahl der Intellektuellen Israel diese Normalität ab, wodurch ein Normalisierungsprozeß behindert wird. Ein von der Außenwelt geschaffenes „Gewächshausklima“, das von Schuldgefühlen geschaffen wird, verhindert gerade diesen Normalisierungsprozeß. Dabei würde durch eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen nichts von der eigenen historischen Schuld relativiert. Von einer Anormalität der Beziehungen geht aber auch noch Moshe Zuckermann aus, wie er gegenüber dem Verfasser betont hat. Auf der Staatsebene sei Normalität eingekehrt, die sich aber von der in den Lebenswelten unterscheide. Auch die Deutschen seien nicht „normal“ geworden, wie der Historikerstreit, die Wehrmachtsausstellung und die Goldhagen-Debatte zeige, so Zuckermann.

Deutschland könnte gegenüber Israel nur eine Realpolitik wie zum Beispiel Frankreich betreiben, wenn die deutsche

politische Klasse bereit wäre, zwischen dem Holocaust einerseits, für den Deutschland die Verantwortung trägt, und der israelischen Politik andererseits, für die die jeweilige israelische Regierung verantwortlich ist, zu trennen. So schlägt Yvonne Deutsch von den „Frauen in Schwarz“ in Publik Forum vom 4. Juni 1993 den Deutschen folgendes vor: „Sie müssen lernen, wie man mit dem Vorwurf des Antisemitismus umgeht. Kritik an der Politik Israels hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Es ist an der Zeit, den Holocaust und Israel voneinander zu trennen. Die Vernichtung der Juden ist das eine, die Verfolgung der Palästinenser das andere. Wer das eine verurteilt, kann zum anderen nicht schweigen.“ Ähnlich äußerte sich der Religionsphilosoph Yeschayahu Leibowitz in einem Fernsehinterview: Trotz Holocaust und der vielfältigen Schandtaten, die das jüdische Volk in seiner Geschichte erleiden mußte, werde es nicht von der Verantwortung für die Taten enthoben, die es während seiner 30 Jahre dauernden Besatzungsherrschaft gegenüber den Palästinensern begangen habe. Das Vergangene könne nicht mit dem Gegenwärtigen aufgerechnet werden. Eine solche Unterscheidung ist geboten, da vom Standpunkt der Verantwortung beides nicht gleichgesetzt, relativiert oder aufgerechnet werden kann. Trotz Holocaust kann die israelische Regierung nicht von der Verantwortung für die Maßnahmen enthoben werden, die zum Schaden der Palästinenser ergriffen worden sind. Diese Haltung darf aber auch nicht dazu benutzt werden, um den Holocaust zu relativieren.

Auch die in Deutschland lebende israelische Rechtsanwältin Felicia Langer sieht für die Deutschen eine besondere Aufgabe. „In der Tat sind die Deutschen, gerade wegen ihrer Vergangenheit, dazu verpflichtet, sich überall dort einzumischen, wo Menschenrechte verletzt werden ... Wir, die Israelis, die Juden, können keinerlei Recht beanspruchen, als Opfer von gestern Täter von heute zu sein. Das Testament unserer Toten, der Toten des Holocaust, macht eine klare Aussage. Wir haben auch kein Recht, die Schuldgefühle der Deutschen zu funktionalisieren, so wie Israel das tut, und sie, was unsere Taten angeht, zum Schweigen zu verurteilen, damit wir ungestört, jeder Einmischung und Kritik entzogen, die Palästinenser unterdrücken können ... Die Deutschen müssen ihre Verpflichtung, die aufgrund ihrer Vergangenheit im Vergleich mit anderen Völkern doppelt und dreifach wiegt, ganz entschieden wahrnehmen und gegen jedes Anzeichen von Rassismus, Menschenrechtsverletzungen, Antisemitismus oder Fremdenhaß, in welcher Form auch immer, ankämpfen ... Wir Israelis und Juden haben auch kein Recht, die Deutschen wegen ihrer Vergangenheit über Generationen hinweg für untauglich zu erklären, ihren Standpunkt in Fragen der Moral zu äußern, oder aber sie kollektiv eines quasi angeborenen Antisemitismus zu bezichtigen.“

Deutschland sah lange Zeit in der Palästinenser-Frage ein reines Flüchtlingsproblem. Unser Verhalten gegenüber den Arabern war von relativer Zurückhaltung geprägt. Nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 setzte die Bundesregierung auf strikte Neutralität, obwohl die Sympathie auf Seiten Israels war. Die völkerrechtliche Neutralität zwang aber keinesfalls zu Indifferenz. Die Ereignisse von 1967 brachten dann jedoch das Palästinenserproblem stärker ins Bewußtsein der Deutschen. Wenn von deutscher Seite jetzt deren Selbstbestimmungsrecht angemahnt oder auf die menschenunwürdige Behandlung hingewiesen wird, hat dies nichts mit „unbewältigtem Antisemitismus“ zu tun. Aus Angst vor diesem Vorwurf findet sich auch kein Politiker, der das Vorgehen der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern öffentlich kritisiert.

Neue Akzente

Zu einer ersten Akzentverschiebung in den Beziehungen kam es unter der sozial-liberalen Bundesregierung. Bundeskanzler Willy Brandts Ziel war es, Deutschland einen größeren politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum im Nahen Osten zu eröffnen. So erklärte der damalige Außenminister Walter Scheel 1969 gegenüber der israelischen Zeitung „Yedioth Aharonot“: „Unser Verhältnis zu Israel ist

wie auch mit anderen Ländern ... Es gibt nichts besonderes daran.“ Diese selbstbewußte Schlußfolgerung sollte sich jedoch schon bald als Trugschluß erweisen. In der ersten Erklärung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) vom 13. März 1971 wollte Deutschland seine ersten „Normalisierungsübungen“ im Nahen Osten vorführen, in dem es sich der Aufforderung der anderen fünf EWG-Staaten anschloß, Israel zum Rückzug aus den eroberten Gebieten aufzufordern und die arabischen Flüchtlinge zu entschädigen sowie Jerusalem zu internationalisieren. Obwohl in der Erklärung auch das Recht Israels auf sichere Grenzen betont wurde, reagierte Israel verärgert. Deutschland, so der Vorwurf, habe der pro-arabischen Politik Frankreichs nachgegeben. Diese EPZ-Erklärung machte der deutschen Regierung bewußt, auf welch sensible Terrain man sich nach wie vor befand.

Perspektiven

Diverse Terroranschläge in Deutschland in den Jahren 1969 und 1972 sowie die Auslieferung dreier palästinensischer Terroristen im Tausch gegen Geiseln bei der Entführung einer Lufthansa-Maschine löste in Israel eine Welle der Empörung aus. Eine Abkehr von den „besonderen Beziehungen“ zu Israel leitete Willy Brandt mit seinem Staatsbesuch vom 7. Juni 1973 ein. Brandt unterstrich in Israel, daß gute Beziehungen zu allen Staaten des Nahen Ostens im deutschen Interesse lägen. Die bilateralen Beziehungen erfuhren somit eine fast normale Einstufung als Beziehungen mit „besonderem Charakter“. Brandt sprach anläßlich des 30. Jahrestages der Staatsgründung Israels davon, daß die Geburt des Staates den Preis neuer Opfer und Leiden verlangt habe. „Das Elend anderer, zumal der palästinensischen Araber, wiegt nicht leicht.“

Das Festhalten Israels an seiner Besatzungs- und Siedlungspolitik führte dann zu mehr Verständnis für die Anliegen der Palästinenser. Insbesondere in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt trat eine weitere Versachlichung der Beziehungen ein, was zunächst zu den bis dahin schwersten Erschütterungen im deutsch-israelischen Verhältnis führte. Schmidts Politik wurde von israelischer Seite als Rechtsruck interpretiert. Fortan sprach sich die Bundesregierung für das Selbstbestimmungsrecht und für ein „Heimatland“ für die Palästinenser aus.

Mit dem Amtsantritt des rechtsgerichteten Menachem Begin als Ministerpräsident am 16. März 1977 und dessen expansiver Siedlungspolitik steuerten die bilateralen Beziehungen auf ihren Tiefpunkt zu. Schmidt trat offensiv für das Selbstbestimmungsrecht und einen Staat für die Palästinenser ein. Begin reagierte darauf typisch barsch: Ein Land, das sechs Millionen Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder umgebracht habe, solle Israel keine Ratschläge erteilen. Sich mit jüdischem Blut arabisches Öl zu erkaufen, sei „absolut widerwärtig“, so Begin.

Erst mit dem Wechsel vom Schmidt zu Kanzler Helmut Kohl kamen die Beziehungen wieder in ruhigeres Fahrwasser und erfuhren eine Konsolidierung. Dies lag auch daran, daß die CDU schon immer eine unkritische Israelpolitik betrieben hatte. Man schloß sich gern fortan der Linie der Amerikaner kritiklos an. Folgerichtig kam es zu einer größeren Distanz gegenüber den Palästinensern. Die Distanzierung wurde auch darin deutlich, daß man zwar von deutscher Seite immer das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker hochhielt, dies aber in bezug auf die Palästinenser nicht mehr gelten lassen wollte. Es verschwand aus dem Wortschatz der deutschen Diplomatie. Obwohl Helmut Kohl durch seine Äußerung von der „Gnade der späten Geburt“ bei seinem ersten Israelbesuch in ein schiefes Licht gerückt wurde, ist diese Scharte schon lange wieder ausgewetzt. Er ist Israels bester Interessenvertreter auf der europäischen Bühne. Ohne seinen massiven Einsatz hätte die EU Ende 1995 das Assoziierungsabkommen mit Israel nicht abgeschlossen.

Könnte es bei einem Regierungswechsel zu Rot/Grün zu neuen Irritationen zwischen Israel und Deutschland kommen? Generell sind solche nie auszuschließen, aber doch eher unwahrscheinlich. Schließlich sind die Zeiten vorbei, als die Linke gegen Israel demonstrierte und sich lautstark für die Rechte der Palästinenser und anderer unterdrückter Völker einsetzte. Heute ist auch sie in ihrer Mehrheit auf die amerikanische Linie eingeschwenkt und verteidigt vehement deren Politik. Ein letztes Aufbäumen erfolgte zwar noch einmal in den Demonstrationen gegen den zweiten

Golfkrieg, als Teile der Linken gegen die USA und damit implizit gegen Israel demonstriert hatten. Diese völlige Fehleinschätzung der Lage hat die deutsche Linke gespalten und einen starken Solidarisierungseffekt mit Israel bewirkt. Offen israelkritische Stimmen haben sowohl in der SPD als auch bei Bündnis 90/Die Grünen keine Mehrheit mehr.

Seit der Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern ist die Kritik Deutschlands an der Politik Israels vollends verstummt. Wie vorsichtig die deutsche Außenpolitik operiert, macht der Artikel von Klaus

Kinkel im Berliner Tagesspiegel vom 13. September 1997 deutlich. Den Deutschen stehe nur eine Rolle zu, die die „legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigt, nicht einseitig Partei ergreift und nicht durch laute Verurteilungen Verschllossenheit erzeugt und Gesprächsbereitschaft zerstört“. Die deutsche Politik müsse einerseits auf die besonderen Sicherheitsinteressen Israels Rücksicht nehmen, andererseits dürfe das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, „frei von israelischer Besetzung“ nicht vergessen werden. „Unsere Vergangenheit verbietet uns in besonderer Weise, die Rolle eines unwillkommenen Ratgebers einzunehmen.“

Recht auf Kritik?

Dagegen vertritt Tom Segev die Meinung, daß auch die Deutschen ein Recht der Kritik an Israel haben. „Jeder Mensch hat die Pflicht, die Politik eines anderen Landes zu kritisieren, wenn dort gegen die Menschenrechte verstoßen wird. Das ist doch gerade eine der Lehren des Holocaust. Ein Deutscher sollte allerdings niemals von Israel etwas verlangen, was die Deutschen nicht von sich selber verlangen.“

Könnte Deutschland auch eine Rolle im Nahen Osten spielen? Bei seinem Deutschland-Besuch im August 1994 hatte der damalige Außenminister und ehemalige Ministerpräsident Shimon Peres nicht nur den Wunsch geäußert, Deutschland solle Mitglied im UN-Sicherheitsrat mit allen Rechten und Pflichten werden, sondern er provozierte sogar das Thema „Deutsche Blauhelmsoldaten im Nahen Osten“. Mit den Worten „Warum nicht?“ stieß er ein Thema an, das die deutschen Gastgeber überhaupt nicht hören wollten. Peres kam auf dieses Thema anläßlich einer Ehrung Bundeskanzler Kohls durch die jüdische Wohltätigkeitsorganisation Bnai Brith in München abermals zurück. Auch Avi Primor bestätigte in einem Interview mit dem Spiegel vom 5. Mai 1997, daß Israel wohl nichts dagegen hätte, wenn im Rahmen eines Friedensvertrages mit Syrien auch ein deutsches Truppenkontingent in Form einer UNO-Truppe auf dem Golan stationiert werden würde.

Im langfristigen Interesse beider Staaten liegt natürlich eine zunehmende, später vollständige Normalisierung der Beziehungen. Eine solche geschäftsmäßige Normalität, die auf der Ebene der Nationalstaaten üblich ist, gibt es zwar schon in vielen Bereichen, aber man nennt das offiziell so nicht. Der Holocaust sollte weder ein exklusives Thema für Israel und Deutschland bleiben, sondern die Lehren aus dieser Katastrophe müßten ins Universelle gewendet werden, was bedeuten würde, daß beide Staaten sich global gegen Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus und jegliche Diskriminierung aussprechen und für eine universelle Geltung der Menschenrechte einsetzen. ●